

# Preissteigerungen für Strom und Heizung treffen vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen

Pressemeldung vom 14.03.2023



## **Die Energiepreise steigen. Wie sich das auf Haushalte mit niedrigem Einkommen auswirkt, bekommen die kirchlichen Wohlfahrtsverbände täglich in ihrer Arbeit mit.**

Energieschulden und finanzielle Engpässe sind seit langer Zeit ein ständiges Thema in den Beratungsangeboten der Caritas und des Diakonischen Werks. Wie aus einer Studie hervorgeht, die in der „neuen Caritas“ im Februar 2022 veröffentlicht wurde, kamen Energieschulden für Strom und Heizung (Gas, Öl etc.) als Problematik im Beratungsprozess in über 90% der Beratungsstellen oft oder gelegentlich vor.

Bereits im Jahr 2020 gaben Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.300 Euro nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Schnitt 95 Euro für Wohnenergie aus. Das entsprach einem Anteil von 9,5 % ihrer gesamten Konsumausgaben. Damit geben Haushalte mit Einkommen unter 1.300 Euro anteilig am meisten für Strom, Heizung und Warmwasser aus.

Somit treffen die Preissteigerungen für Strom und Heizung vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen, da sie einen größeren Anteil ihres Haushaltseinkommens für Energie aufbringen müssen als wohlhabende Haushalte.

Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat sich die Lage nochmals deutlich verschärft. Die Rückmeldungen aus den Beratungsstellen in der Ortenau belegen, dass sich die rasanten Energiepreissteigerungen, insbesondere für Strom und Heizung, in den Haushalten deutlich bemerkbar machen.

„Durch die aktuellen Preissteigerungen sind diese Haushalte besonders belastet. Dabei ist davon auszugehen, dass die Problematik sich verschärfen wird. Jetzt im Frühjahr liegen die Jahresabrechnungen vor, die Öltanks müssen wieder aufgefüllt werden und die Preisbindungsfristen laufen aus“ erklärt Franziska Pampuch, Teamleitung der beratenden Dienste beim Caritasverband Lahr. Sie geht davon aus, dass die Preissteigerungen des letzten Jahres im laufenden Jahr zu einem erhöhten Beratungsbedarf führen.

„Energieschulden waren bereits vor den aktuellen Energiepreissteigerungen ein großes Problem in der Beratungspraxis. Aufgrund der extremen Preissprünge hat sich die Situation für Haushalte mit niedrigem Einkommen dramatisch verschlechtert“, führt sie weiter aus. Besonders hart trifft es Rentnerinnen und Rentner, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, geringfügig und/oder Teilzeitbeschäftigte.

Die Bundesregierung hat Ende 2022 einige Hilfen auf den Weg gebracht. Bis diese richtig anlaufen, wird es aber noch einige Zeit dauern. Zeit, die bei angemahnten Rechnungen häufig nicht zur Verfügung steht.

## **Viele Betroffene melden sich noch nicht.**

Es sind vor allem Menschen betroffen, die bisher keine Unterstützung benötigen haben.

Neben den seit Jahren wachsenden zusätzlichen Belastungen z.B. steigende Mieten und Lebensmittelkosten besteht durch die Nach- und Zuzahlungen ein zusätzlicher finanzieller Mehraufwand zum bisherigen Lebensunterhalt, der nun kaum noch aus den bisherigen finanziellen Mitteln bestritten werden kann. Viele von ihnen wissen nicht, dass sie durch die erhöhten Einkommensgrenzen ab 01.01.2023 eventuell einen Anspruch auf Wohngeld haben.

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände gehen davon aus, dass sich diese Menschen oft auch scheuen, nach Hilfe zu fragen. Robert Sauer, Vorstand im Caritasverband Acher-Renchtal, möchte Betroffene ermutigen, sich an die Caritas oder Diakonie zu wenden: „Wir können bei drohender finanzieller Not unterstützen. In dieser Not um Unterstützung zu bitten ist keine

Schwäche, sondern ein Zeichen von Stärke“. Er gibt zu bedenken: „Grundsätzlich gilt: Beratungsstellen können umso mehr erreichen, je früher sie eingeschaltet werden“.

**Info:**

Die Caritasverbände und das Diakonische Werk beraten zu staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten und prüfen die Voraussetzungen auf Hilfeleistungen aus Stiftungen oder Fonds. Eine Möglichkeit für Menschen, die von der Energiekrise betroffen sind, ist der „Energiefonds“ der Kirchen. Der Fonds soll Menschen bei der Begleichung ihrer gestiegenen Energiekosten helfen, die ihren Lebensunterhalt hierdurch nicht mehr selbst sichern können. Das sind Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die keinen unmittelbaren Anspruch auf staatliche Unterstützung haben und bisher ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten konnten.

**Sie erreichen die Beratungsstellen unter folgenden Telefonnummern:**

**Caritasverbände:**

Caritasverband Acher-Renchtal: 07841/6214-0

Caritasverband Kinzigtal: 07832/99955-0

Caritasverband Lahr: 07821/90 66 0

Caritasverband Offenburg-Kehl:0781/79010

**Diakonisches Werk:**

Dienststelle Achern: 07841/1080

Dienststelle Hausach Tel.: 0 78 31 / 96 69 0

Dienststelle Kehl 0 78 51 / 70 86 62 0

Dienststelle Lahr 0 78 21 / 9 23 76 30

Dienststelle Offenburg 0781/92220

**Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte**

Der Energiesparservice Ortenaukreis bietet Beratung für Haushalte an, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit erhalten, mit dem Ziel durch Energieeinsparen mit den begrenzten finanziellen Mitteln auszukommen und Energieschulden zu vermeiden.

Mehr Informationen dazu unter:

Neue Arbeit Lahr: 07821 9089278 Energiesparservice Ortenaukreis - Neue Arbeit Lahr GmbH

PVD: Tel 0781 / 9179-0 oder 0781 / 9179-11 Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte (pvd-agj.de)